

PROFIL

Mitgliedsblatt der CDU Halle - Nr. 57 – 29. Februar 2008

Neuwahl bei der Frauen-Union

Am 27.2., 17.00 Uhr, fand die Vorstandswahl der Frauen-Union Halle/Saal(e)kreis statt. Zur neuen Kreisvorsitzenden wurde Frau Petra Tomczyk-Radji gewählt. Ihre Stellvertreterin ist Frau Heidechristel Schumann. Beisitzerinnen im neuen Kreisvorstand der Frauen-Union sind Frau Roswitha Berkowsky, Frau Sigrid Kautz und Frau Cathleen Stahs.

Kultusminister zu Gast im Beirat Bildung

Am 10. März wird um 18.00 Uhr Kultusminister Prof. Dr. Jan Hendrik Olbertz zu Gast sein. Im Intercity-Hotel wird er einen aktuellen Überblick über die Schulpolitik in Sachsen-Anhalt geben sowie für Fragen zur Verfügung stehen. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Termin

Die Fortsetzung der CDA-Gesprächsreihe zum Thema „Internationale Finanzpolitik und ihre Auswirkungen auf die Arbeitnehmerschaft“ findet am 11. 03., um 19.00 Uhr, in der CDU-Kreisgeschäftsstelle, Ulestr. 8, statt.

Impressum

PROFIL – Mitgliedsblatt der
CDU Halle
Hrsg. CDU-Kreisverband Halle
Ulestraße 8 • 06114 Halle
Tel. 3889540/ Fax 3889541
CDUProfil@aol.com
Redaktion: Marco Tullner

Von der Rolle? – Deutschland nach der Wahl

von Marco Tullner

Nun ist die Katze aus dem Sack. Nur einen Tag nach der Hamburg-Wahl hat das SPD-Präsidium Frau Ypsilanti grünes Licht für Bündnisse mit der Linkspartei gegeben. Mag es Kurt Beck kühles Taktieren oder geschicktes Interpretieren nennen, die Sozialdemokratie begeht in Wirklichkeit Wortbruch. Welche Folgen das für das Binnenleben der SPD haben mag, darüber kann man nur spekulieren. Einen „Aufstand der Anständigen“ wird es sicher nicht geben. Dazu haben die Bündnisse in Magdeburg, Schwerin und Berlin genug Fakten geschaffen.

Was heißt das für die CDU? Es gilt zunächst, den Linksruck in Deutschland zur Kenntnis zu nehmen. Die Frage nach sozialer Gerechtigkeit, bei drastisch gestiegenen Lebenshaltungskosten und inflationsbereinigt sinkenden Nettogehältern auf der einen Seite und Rekordeinkommen bei Spitzenmanagern auf der anderen Seite, hat Folgen hinterlassen. Das Meinungsbild der Deutschen spricht hier eine klare Sprache; die Diskussion um die sogenannte Steuerhinterziehungsaffäre hat dies noch verstärkt.

„Wir sind die Mitte“, hat Angela Merkel auf dem Bundesparteitag propagiert. Nur, was folgt daraus? Soll die Union nach Links nachrücken, soll sie wirtschaftsliberalen und konservativen Themen weniger Gewicht zumessen? Spannende Debatten sind zu führen. Sind die Grünen für uns ein Partner? Mit oder ohne Liberale?

Die scheinbar so zementierten politischen Lager brechen auf. Die Lähmung der großen Koalition bringt früher als erwartet Gegenbewegungen in Gang. Dabei kommt es für die Union darauf an, sich selber treu zu bleiben: Kurs zu halten, ohne Schaum vor dem Mund, dem Wortbruch der SPD eine verlässliche Haltung entgegenzusetzen. Und die Wahlperiode in Berlin mit Anstand und klarem Profil zu Ende bringen. Und mit Mut, Tatkraft und Glaubwürdigkeit gilt es zugleich, um neue Mehrheiten in Deutschland zu ringen. Ohne SPD und Linkspartei. Für eine Politik der Mitte, die ökonomische Vernunft und sozialen Ausgleich im Blick hat.

Zum Umgang mit Rechtsextremismus

von Andreas Scholtyssek

Seit vielen Monaten gibt es in Sachsen-Anhalt beinahe wöchentlich neue Meldungen rechtsextremer Übergriffe. Dieses Problem betrifft nicht nur unser Land, sondern sowohl die neuen Bundesländer insgesamt als auch die gesamte Bundesrepublik. Bundesweit ist ein Anstieg der rechtsextremen Straftaten festzustellen. Trauriger Rekordhalter dieser Statistik ist leider Sachsen-Anhalt. Rund 5 politisch motivierte Gewalttaten je 100.000 Einwohner waren hier laut aktuellem Verfassungsschutzbericht des Landes im Jahr 2006 zu verzeichnen. An dieser Stelle muss man allerdings genau hinschauen. Politisch motivierte Gewalttaten umfassen rechts- und linksradikale Auswüchse. Die Zahl rechtsextrem motivierter Straf- und Gewalttaten stieg 2006 um 10 Prozent an, die der linksextrem motivierten um 31 Prozent. In absoluten Zahlen heißt das: 1.570 als Rechtsextremisten erfasste Personen verübten 2006 1.240 politisch motivierte Straf- und Gewalttaten (2005: 1.130), 570 als Linksextremisten erfasste Personen verübten 2006 291 Straf- und Gewalttaten (2005: 222). Rechtsextremismus ist also das größere Problem, der Linksextremismus darf aber nicht marginalisiert werden. Blindheit auf dem linken Auge gefährdet die demokratische Grundordnung unseres Gemeinwesens ebenso. Angezeigt sind also Programme gegen

Extremismus allgemein, nicht nur eindimensional gegen Rechtsextremismus. Zweifellos ist die Außenwirkung der Gewalt von rechts jedoch verheerender. Der Image-schaden für Sachsen-Anhalt, für die neuen Bundesländer allgemein, ist beträchtlich. Wo ständen wir heute ohne ausländische Investoren? Gerade wir im mitteldeutschen Chemiedreieck hätten ohne die DOW in Schkopau, Elf in Leuna usw. erheblich mehr Probleme auf dem Arbeitsmarkt als ohnehin schon. Wie aber soll man ausländische Investoren ins Land holen, wenn wöchentlich von neuen Übergriffen zu lesen ist? Die Landesregierung versucht dem Problem durch verschiedene Aktionsprogramme (z.B. Hingucken!) zu begegnen. Dieses umfasst die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure, Förderung von Toleranz und politischer Bildung usw. Alles notwendig und wichtig, aber wird damit wirklich die Ursache des Problems bekämpft? Wohl kaum. Es fehlt an einer konsequenten Strategie zur Entzauberung der menschenverachtenden rechten Ideologie. Stattdessen immer die gleiche Empörung nach Wahlerfolgen der Rechten und die reflexartige Forderung nach Verbot der NPD. Durch ein Verbot wird das Problem nur kaschiert aber nicht gelöst. Auch der Vorstoß der Landesregierung, einem Schornsteinfeger im Burgenlandkreis Berufsverbot zu erteilen, weil er für die NPD im Kreistag sitzt, fällt wohl unter dieses Muster. Als zugelassene Partei ist das Mandat für die NPD ein grundgesetzlich geschütztes Recht, aus dem keine Nachteile entstehen dürfen. Was wir brauchen, ist zum einen eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der rechten Ideologie und zweitens eine objektive Analyse der Ursachen für Rechtsextremismus. Wie kann

es sein, dass Rechtsextreme die Abschaffung demokratischer Parlamente fordern und doch selbst solche Mandate wahrnehmen? Wie verträgt es sich mit rechtsradikalen Ansichten, dass NPD-Zeitungen in Polen gedruckt werden? Mit Sicherheit lassen sich weitere unlösbare Widersprüche der rechten Logik finden. Aufklärungsarbeit kann aber nur erfolgreich sein, wenn gleichzeitig die Ursachen der Entwicklung bekämpft werden. Es stimmt schon bedenklich, wenn im sächsischen Mügeln rund 50 Deutsche 8 indische Mitbürger durch die Stadt hetzen. Darunter aber ausweislich kein Rechtsradikaler ist und dann auch noch die Polizei angegriffen wird, weil sie die Inder schützt. Ursache für diese Auswüchse „normaler“ Bürger dürfte ein tiefes Gefühl des Abgehängtseins und Verliererimages sein. Gerade in ländlichen Regionen ist die Arbeitslosigkeit oft hoch, die Abwanderung hoch, die Schulen, Sparkassen und Einkaufsmärkte geschlossen. Wo bleibt da die Lebensqualität? Sicher bleiben aus finanziellen Gesichtspunkten oft keine anderen Lösungen übrig, aber als flächendeckende Strategie ist dieses Vorgehen wohl denkbar ungeeignet. Den staatlichen Rückzug nutzen die Rechtsextremen geschickt aus, präsentieren sich als Alternative und stellen Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund als Sündenbock dar. Jahrzehntelange Fehler in der Ausländerpolitik Deutschlands spielen den Demagogen von rechts klar in die Hände. Als rational denkender Mensch stellt man sich schon die Frage, warum wir Menschen, die straffällig werden und unser Gastrecht klar für kriminelle Zwecke missbrauchen, überhaupt dulden. Rechtsradikale besetzen diese tatsächliche oder vermeintliche Lücke der Staatsgewalt und stellen sich als Vollstrecker des „Volkswillens“ dar. Der Rechtsstaat muss an dieser Stelle deutlich machen, dass das staatliche Gewaltmonopol allein bei ihm liegt. Dafür ist aber auch die Anwendung der vollen Bandbreite von Strafmöglichkeiten und teilweise schärfere Gesetze notwendig. Die von Roland Koch losgetretene Debatte mag in Teilen populistische Züge haben, dennoch ist sie im Kern richtig. Diskussionsverweigerung ist hier die schlechteste aller Alternativen.

Regionalkonferenz in Schloss Neuenburg

Zur Regionalkonferenz Süd hatte der geschäftsführende Landesvorstand der CDU Sachsen-Anhalt die Kreisvorstände Burgenlandkreis, Saalekreis und Halle nach Schloss Neuenburg eingeladen. Im Ambiente eines flackernden Kamins sollten Strategien und Handlungsempfehlungen diskutiert und beraten werden. Mehr als eine Bestandsaufnahme wurde allerdings nicht daraus. Nach einem Rückblick auf die Erfolge der CDU in den vergangenen Jahren durch Thomas Webel verwies Ministerpräsident Prof. Böhmer auf die Probleme der Union, in Städten Mehrheiten zu gewinnen. Vor dem Hintergrund, dass die Hälfte der Landesbevölkerung in nur 20 Städten wohnt, von denen gerade einmal drei von CDU-Bürgermeistern regiert werden, reklamierte der Ministerpräsident Handlungsbedarf. Schwerpunkt der Diskussion war die vermehrte Kandidatur von CDU-Mitgliedern als Einzelbewerber gegen nominierte Kandidaten. Man darf auf Schlussfolgerungen auf der Landesvorstandsklausur Anfang März, nach den zahlreich anstehenden Bürgermeisterwahlen, gespannt sein.

Kommunalwahl 2009

Im Frühjahr 2009 finden, voraussichtlich gemeinsam mit der Europawahl, die nächsten Stadtratswahlen statt. Dafür genügend qualifizierte Bewerber zu finden, wird Aufgabe der kommenden Monate sein. Genauso wie die Frage nach programmatischen Zielen für unsere Stadt. In den Ortsverbänden und Vereinigungen wird dazu in den nächsten Monaten intensiv diskutiert werden. Gerade auch neue Mitglieder können sich hier intensiv einbringen. Sprechen Sie interessierte Bürgerinnen und Bürger an, sich für Halle, für die CDU zu engagieren.